

**Ergebnisprotokoll  
der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie vom 08.03.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.20 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Herr Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn  
Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Werner in Vertretung für Herrn  
Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Sewz  
Frau Kleemann  
Herr Höing  
Herr Eickhoff  
Frau Urban  
Frau Odenkirchen  
Frau Rosenkranz  
Frau Dr. Kellner-Stoll  
Frau Rüpke  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Herr Sander  
Herr Mathia  
Frau Köhnlein  
Herr Schneider  
Frau Pieper  
Herr Donaubaue  
Herr Kristen  
Frau Fischer  
Herr Jürgens

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV  
BBN  
Senatskanzlei  
Senatskanzlei  
Senatskanzlei

**III Gäste**

Herr Becker

Umweltschutzamt Bremerhaven

**IV Gastdeputierte**

Herr Sulimma

SPD

Frau Kennard

SPD

Herr Saxe

Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Pohlmann** begrüßt in Vertretung für **Herrn Senator Dr. Lohse** die Mitglieder und Gäste der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und weist auf den heutigen Weltfrauentag hin.

**Herr Staatsrat Golasowksi** stellt **Frau Urban** als neue Abteilungsleiterin der Abt. 7 (Regional- und Stadtentwicklung, Stadtumbau, Wohnungswesen) vor.

|       |                                     |  |
|-------|-------------------------------------|--|
| TOP 1 | <b>Genehmigung der Tagesordnung</b> |  |
|-------|-------------------------------------|--|

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

|       |   |  |
|-------|---|--|
| TOP 2 | <b>Genehmigung von Protokollen</b><br>(hier: Protokoll 18/08 der Sitzung am 09.02.2012) |  |
|-------|---|--|

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll vom 09.02.2012 zu.*

- einstimmig -

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| TOP 3 | <b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b><br>-02- | L/S |
|-------|---|-----|

**Herr Gottschalk** weist darauf hin, dass sich sein Berichtswunsch vom 12.1.2012 zum Thema *Vermittlungsausschuss Kreislaufwirtschaftsgesetz* aufgrund der in Vorbereitung befindlichen Großen Anfrage zum gleichen Thema für die Deputation erledigt hat.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

- einstimmig -

|       |  |                       |
|-------|--|-----------------------|
| TOP 4 | <b>Verfahrensordnung für die staatliche und städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie</b><br>-02- | Vorlage L/S<br>18/105 |
|-------|--|-----------------------|

**Herr Pohlmann** erinnert daran, dass der Wunsch nach dieser Verfahrensordnung aus einer sehr intensiven Diskussion mit Beiräten und ihren Berichterstattungen in der Deputation entstand. Diese Verfahrensordnung stelle u.a. sehr gut dar, wer an der Sitzung teilnehmen kann und wer Rederecht hat. Zudem werde der Deputation die Möglichkeit eingeräumt, auch weitere Wünsche zur Berichterstattung aufzunehmen.

**Herr Imhoff** hat einen Änderungswunsch zu Punkt 2, Einladung und Beratungsunterlagen. Er bittet darum auf S.1, letzter Absatz, die Worte „in der Regel eine Woche vor dem Sitzungstermin zugehen“ in die Worte „in der Regel **mindestens** eine Woche vor dem Sitzungsbeginn zugehen“ zu verändern. **Herr Arndt** schließt sich dem an, weist aber darauf hin, dass er mit den derzeitigen Verschickungszeitpunkten des Ressorts zufrieden ist.

**Herr Imhoff** spricht Punkt 6, Rederecht, an. In der Verfahrensordnung sei festgelegt, dass die Deputation weiteren eingeladenen Gästen das Rederecht erteilen kann. Er bittet darum auf der Tagesordnung zu vermerken, welche Gastredner eingeladen werden.

**Frau Dr. Schaefer** schlägt vor, in die Verfahrensordnung aufzunehmen, dass von der Verwaltung eingeladenen Gäste gemeint seien.

**Herr Staatsrat Golasowski** sagt zu, dass künftig eingeladene Sachverständige in der Tagesordnung bereits angekündigt werden. Er schlägt vor, Punkt 4 der Verfahrensrichtlinie wie folgt zu ergänzen: Von der Verwaltung eingeladenen Gäste sind in der versandten Tagesordnung zu benennen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Verfahrensordnung mit den beiden vorgeschlagenen Ergänzungen zu.*

- einstimmig -

|              |   |                  |
|--------------|---|------------------|
| <b>TOP 5</b> | <b>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau und Verkehr) mit Stand 13. Monat 2011</b><br>-12- | Vorlage<br>18/97 |
|--------------|---|------------------|

**Frau Rüpke** führt in die Vorlage ein und weist insbesondere darauf hin, dass das Finanzierungssaldo eingehalten wurde. **Frau Rüpke** weist darauf hin, dass das Vorlagenformat geändert wurde, um den Deputierten einen schnelleren Überblick zu verschaffen. Zur der Vorlage wurde noch ein Handout auf die Tische verteilt.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt Kenntnis.*

- einstimmig -

|              |   |                   |
|--------------|---|-------------------|
| <b>TOP 6</b> | <b>Kapazitätsstudie zum Seehafenhinterlandverkehr auf der Schiene</b><br><b>hier: Teil 1: „Analyse der Verkehre und Produktionsstrukturen“</b><br>-SUBV und SWAH-<br>-52- | Vorlage<br>18/106 |
|--------------|---|-------------------|

**Herr Pohlmann** weist auf eine verteilte Austauschseite hin. Diese war aufgrund einer in der gestrigen Deputationssitzung für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gewünschten redaktionellen Änderung des Beschlussvorschlages notwendig geworden, da es sich um eine Doppelkopfvorlage handelt.

**Herr Strohmann** teilt mit, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten wird. Die Idee einer Prüfung einer Umgehungsstrecke für den Güterverkehr werde sehr begrüßt. Aufgrund der großen Schwankungen in der Preiskalkulation bzw. aufgrund der groben

Schätzungen habe seine Fraktion aber die Befürchtung, dass der Untersuchungsgegenstand unzureichend erläutert ist. **Herr Strohmann** fragt nach den Kosten des Pakets 3.

**Herr Jägers** erklärt, dass eine Marktpreiseinschätzung eine unverbindliche Abfrage sei. Von daher überrasche das Ergebnis nicht, weil man erst jetzt aufgrund der gewonnenen Daten erfassen könne, was genau gefragt werden soll. Insofern sehe er keine Gründe, die gegen eine Beschlussfassung sprechen.

**Herr Jägers** bittet um Auskunft, wann zu welchem Paket die Ergebnisse erwartet werden (Zeitplan).

**Frau Dr. Schaefer** bittet angesichts der Stichworte „Zeitplan“ und „Umgehungstrassen“ um einen Bericht der Verwaltung mit einer Kurzübersicht über mittel- und langfristige Lärmschutzmaßnahmen. Dies habe auch mit dem Hafenhinterlandverkehr zu tun. So könne dann jeder Bürger / jede Bürgerin nachvollziehen, dass z.B. eine Umgehungstrasse nicht kurzfristig in Bremen für Entlastung sorgen kann, sondern eher in den nächsten 20 bis 30 Jahren.

**Herr Gottschalk** spricht das Arbeitspaket 3 an, dessen Kosten von Bremen übernommen werden sollen. Zwar habe Bremen ein Interesse daran, aber auch die Bahn müsse ein Interesse haben. Daher sei es möglicherweise das falsche Signal, dass Bremen das 3. Paket allein bezahlt.

**Herr Arndt** stimmt dem zu. Es wäre richtig, wenn die Finanzierung nicht nur von Bremen dargestellt werden müsse und Termine enger gefasst würden. Es sei zu begrüßen, wenn im gesamten Rahmen der Überlegungen wenigstens ein drittes Gleis in Richtung Hannover konkreter angegangen werden würde, um dort den schienengebundenen Nahverkehr besser anzubinden.

**Herr Polzin** berichtet, dass das Arbeitspaket 1 in 2012 abgearbeitet sein wird. Ziel des Pakets 2 ist es, die Ausbaunotwendigkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit im bestehenden Eisenbahnnetz aufzuzeigen. Dies soll bis Mitte 2013 erfolgen. Erst im Rahmen der Arbeiten an Paket 2 werde feststellbar sein, wie umfangreich das Arbeitspaket 3 sein muss. Dies sei derzeit nicht abschätzbar. Viele Menschen wünschen sich aus Lärmschutzgründen eine Güterumgehungstrasse. So weit sei das Ressort von der fachlichen Untersuchung her allerdings noch nicht. Das Ressort gehe von rd. 100.000 € Kosten für das Arbeitspaket 3 aus. Es soll im Frühjahr 2013 zur Ausschreibung vorbereitet werden. Abschließend könne dann bis Ende 2013 / Anfang 2014 das Paket 3 abgearbeitet werden. Parallel soll versucht werden, bereits jetzt mit dem Bund über eine Güterumgehungstrasse zu verhandeln.

Zur Frage von **Herrn Gottschalk** erklärt **Herr Polzin**, dass es nicht vordergründig in niedersächsischem Interesse sei, eine Güterumgehungstrasse über niedersächsisches Gebiet zu planen, weil dort wieder neue Konflikte entstehen. Der Bund habe – wie von **Herrn Gottschalk** angesprochen - ein Interesse; gleichwohl sei es im Bundesverkehrswegeplan so, dass die Länder und Gemeinden, die hier ein Projekt einbringen wollen, in planerische Vorleistung gehen.

Die Frage von **Frau Dr. Schaefer** soll aufgenommen werden. **Herr Polzin** bittet **Frau Dr. Schaefer** um Präzisierung, welche Vorstellungen sie zu dem erbetenen Zeit- und Maßnahmenplan hat, da hier auch zwischen freiwilligem Lärmschutz und gesetzlich vorgeschriebenem Lärmschutz unterschieden werden müsse.

Zur Frage von **Herrn Arndt** erklärt **Herr Polzin**, dass ein 30 – Minuten – Grundtakt für die S-Bahn unterstellt werden sollte. Niedersachsen habe hierzu aber eine andere Auffassung und argumentiert, dass es solch eine Frequenz auch in den Regionen Hannover oder Braunschweig nicht gibt. Der Bund werde daher Bremen in der Forderung nach mehr Kapazitäten nicht folgen, wenn Niedersachsen sich dagegen ausspreche.

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG die Arbeiten an der Kapazitätsstudie zum Seehafenhinterlandverkehr auf der Schiene fortzusetzen und ein Angebot für das Arbeitspaket 1 „Analyse der Verkehre und Produktionsstrukturen“ einzuholen.

- Bei Enthaltung der CDU-Fraktion -

|         |  |                    |
|---------|--|--------------------|
| TOP 7   | Berichte der Verwaltung  |                    |
| TOP 7a) | Vollzug der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) im Land Bremen<br>-21- | BdV<br>schriftlich |

**Herr Gottschalk** bedankt sich für den Bericht. Er bittet um Auskunft, wie viele der überprüften 43 bzw. 45 Förderfälle Beanstandungen nach sich zogen. Zudem bittet er um Auskunft, ob es bestimmte Werte gibt, die bei der Durchführung der Blower-Door-Tests eingehalten werden müssen und welche Konsequenzen hinsichtlich der Förderung das Nicht-Bestehen des Blower-Door-Tests hätte.

**Frau Dr. Schierenbeck** fragt nach den Konsequenzen der Nichteinhaltung der EnEV und bittet um Auskunft, ob dann Ordnungsgelder verhängt werden.

**Herr Jägers** begrüßt, dass für die EnEV eine Quote hinsichtlich der Kontrollen festgelegt wurde. Er bittet um Auskunft, ob es eine solche Kontroll-Quote auch beim Tariftreugesetz gibt und wie häufig dort kontrolliert wird, bzw. ob eine Quote angedacht sei. Zudem bittet er um Auskunft über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen.

**Herr Mathia** berichtet, dass es bei den 43 geprüften Förderfällen im Jahr 2010 10 Beanstandungen gab. Von den 45 Fällen in 2011 waren es 9. Diese Überprüfungen beziehen sich jedoch auf alle Fördermaßnahmen und nicht nur auf jene im Zusammenhang mit dem Blower-Door-Test. Für das Bestehen des Blower-Door-Tests gebe es keinen Schwellenwert. Der Ausgang des Tests habe daher keinen Einfluss auf die Förderung. Er diene als Instrument des Bauherrn gegenüber dem Handwerker. Mit dem Test werden sämtliche Schwachstellen mit Fotos aufgelistet. So könne der Handwerker zum Nachbessern aufgefordert werden, bis die EnEV-Werte eingehalten werden.

**Herr Gottschalk** hält die Beanstandungsquote für sehr hoch. Hier müsse sich das Ressort Gegensteuerungsmaßnahmen überlegen. Zudem könne er nicht nachvollziehen, dass der Test bezogen auf die Förderung keine Bedeutung habe.

**Frau Dr. Kellner-Stoll** erklärt, dass der Blower-Door-Test nicht nur als Qualitätskontrolle der durchgeführten Maßnahme diene, sondern in erster Linie eine Unterstützung für den Eigentümer darstellt. So könne dieser feststellen, wo es überhaupt Schwachstellen gebe. Die Tests müssen nicht in direkter Beziehung zu der Förderung stehen. Überwiegend werde die Fassadendämmung gefördert. Wenn der Test ergebe, dass Fenster undicht sind, sei keine

Beziehung zur Förderung vorhanden. Es handele sich somit auch um eine ergänzende Beratungsleistung, wenn man den Blower-Door-Test mit einer Förderung verknüpft.

**Herr Gottschalk** hält es für wichtig, gerade den Qualitätsaspekt zu betonen. Gleichwohl sollte eine Verbindlichkeit geschaffen werden, damit diese Vorschrift dem Verbraucher schlussendlich auch hilft. Er sehe hier weiteren Gesprächsbedarf.

**Herr Pohlmann** schlägt vor, ggf. bilateral das Thema weiter zu vertiefen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

|                |  |                        |
|----------------|--|------------------------|
| <b>TOP 7b)</b> | <b>Demografischer Wandel in der Region</b><br>-71- | BdV<br>L/S schriftlich |
|----------------|--|------------------------|

**Herr Pohlmann** weist auf den verteilten Masterplan hin. **Frau Urban** erläutert die wesentlichen Inhalte des Berichtes und die Ergebnisse für Bremen dar. Sie weist auf die Homepage des Kommunalverbundes hin.

**Frau Dr. Schaefer** bezieht sich auf den Masterplan und fragt nach, ob es Stadtteile in Bremen gibt, deren BürgerInnen durchschnittlich älter sind als in anderen Stadtteilen. Sie bittet um Auskunft, ob Bremen hierauf ggf. spezifisch eingeht.

**Frau Urban** erläutert, dass die Daten blockweise in allen Stadtteilen erfasst werden. So könne genau festgestellt werden, wie alt die Bevölkerung ist oder welche Abzugs- und Zuzugstendenzen es gibt. Dies unterscheidet sich in den einzelnen Stadtteilen sehr deutlich. **Frau Urban** weist auf den Ortsteilatlas von GeoInformation hin. Hier sei auch für den Laien sehr anschaulich dargestellt, welche Unterschiede es in den Stadtteilen gibt. So werde schnell deutlich, wo gegensteuernde Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Leitbild und der integrierten Stadtentwicklung, aber auch der Wohnungsbaukonzeption notwendig werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung „Die demografische Entwicklung im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen – Prognosedaten bis 2030“ zur Kenntnis.*

|               |  |  |
|---------------|--|--|
| <b>TOP 8</b>  | <b>Verschiedenes</b>   |  |
| <b>TOP 8a</b> | <b>Verschiedenes</b><br><b>Berichtswunsch zum REN-Programm</b> |  |

**Frau Dr. Schierenbeck** bittet um einen Bericht zum **REN-Programm** (Rationelle Energienutzung). Mit einer Berichterstattung zum Mai 2012 ist sie einverstanden.

|               |  |  |
|---------------|--|--|
| <b>TOP 8b</b> | <b>Verschiedenes<br/>CO<sub>2</sub>-Monitoring</b> |  |
|---------------|--|--|

**Frau Dr. Schierenbeck** fragt nach dem Sachstand zum CO<sub>2</sub>-Monitoring. Zudem bittet sie um Auskunft, wie sich der spezifische CO<sub>2</sub>-Faktor der Stromerzeugung in Bremen entwickelt, auch im Vergleich zum Bund.

**Frau Dr. Kellner-Stoll** berichtet, dass Ende 2011 mit dem Statistischen Landesamt eine Vereinbarung bis Ende 2020 (Laufzeit des Klimaschutz- und Energieprogramm) getroffen wurde. Das Statistische Landesamt habe darin Datenlieferungen zugesagt. Es habe sich für diese Aufgabe auch personell verstärkt. Die Berechnungen werden auf der Basis der KEP-Methodik und -Logik erfolgen. Anfang Juni werde das Ressort neu aufbereitete Daten für 1990 bis 2005 und 2006 bis 2009 erhalten. Die Daten werden getrennt nach Bremen und Bremerhaven und auch mit und ohne die Stahlindustrie erhoben. Außerdem werden auch die Immissionsfaktoren zu den Bereichen Strom und Fernwärme jeweils neu ermittelt. Hierfür sei auch die Unterstützung der Betreiber der Kraftwerke notwendig. Zudem erhält das Ressort vom Statistischen Landesamt spätestens 20 Monate nach Ablauf eines Jahres die aktuelle CO<sub>2</sub>-Bilanz mit den Immissionsfaktoren. Die CO<sub>2</sub>-Berichte werden dann regelmäßig nicht nur im Internet veröffentlicht, sondern auch bei den jährlichen Klimakonferenzen eine Rolle spielen.

|               |  |  |
|---------------|--|--|
| <b>TOP 8c</b> | <b>Verschiedenes Massentierhaltung / Genehmigung von<br/>Megaställen</b> |  |
|---------------|--|--|

**Herr Jägers** spricht einen Brief der Seniorenvertretung zum Thema Massentierhaltung / Genehmigung von Megaställen an und bittet das Ressort um einen Bericht der Verwaltung zur Ressort einschätzung.

|               |  |  |
|---------------|--|--|
| <b>TOP 8d</b> | <b>Busverkehr zum Klinikum Bremen-Nord</b> |  |
|---------------|--|--|

**Herr Jägers** spricht TOP 6b) des Protokolls vom 9.2.2012 an. **Herr Sulimma** habe die schlechte Erreichbarkeit des Klinikums Bremen-Nord mit dem ÖPNV, insbesondere für das Personal der Frühschicht, angesprochen. **Herr Jägers** fragt nach, ob die BSAG hier bereits reagiert hat.

**Herr Polzin** berichtet, dass es am 12.3.2012 einen Termin zwischen BSAG und Personalrat Klinikum Bremen-Nord geben wird, um weitere Details, insbesondere die Schichtwechsel zu besprechen.

**Herr Pohlmann** schließt die 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.